



Deutsche Gesellschaft
für Psychologie

Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) e.V.
Marienstraße 30 · 10117 Berlin

An den Vorsitzenden der AG 1
Innen, Recht, Migration und
Integration
Herrn Prof. Dr. Krings, MdB

Per E-Mail:
guenter.krings@bundestag.de



Präsidentin der Deutschen Gesellschaft
für Psychologie (DGPs) e.V.
Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Marienstr. 30
10117 Berlin
E-Mail: praesidentin@dgps.de

Vorsitzender des Fakultätentages
Psychologie (FTPs)
Prof. Dr. Conny Herbert Antoni
Universität Trier
Universitätsring 15
54296 Trier
E-Mail: antoni@uni-trier.de

Amtsgericht Berlin
VR 35794 B

Berlin, den 23.03.2025

Betreff: Evidenzbasierte Empfehlungen aus der psychologischen Forschung für die Koalitionsverhandlungen der Arbeitsgruppe 1 Innen, Recht, Migration und Integration

Mit Psychologie Gesellschaft stärken: Integration | Prävention | Demokratieförderung

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Krings, sehr geehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe 1,

mit großer Freude und Anerkennung haben wir im Sondierungspapier gelesen, dass die zukünftigen Koalitionsparteien Migration ordnen und steuern sowie Integration fördern möchten. Diese Maßnahmen betreffen nicht nur die Demokratie und ihre Institutionen, sondern auch die gesamte Gesellschaft. Als Vertreterinnen und Vertreter der **Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs)** und des **Fakultätentages Psychologie (FTPs)** möchten wir Sie daher bitten, die folgenden wissenschaftlich fundierten Empfehlungen im Bereich **Innen, Recht, Migration und Integration** in die Koalitionsverhandlungen einzubeziehen.

1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt benötigt gelungene Integration

Gezielte Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten fördern ein friedliches und demokratisches Zusammenleben. Migration kann gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, birgt jedoch auch Konfliktpotenziale. Die psychologische Forschung bietet empirisch validierte Modelle zur Bewältigung dieser Herausforderungen, etwa zur Konfliktlösung, interkultureller Verständigung / Versöhnung und Förderung gesellschaftlicher Teilhabe.

Wesentliche Voraussetzungen für eine gelungene Integration sind **materielle Sicherheit, psychische und physische Gesundheit sowie die Anerkennung gemeinsamer Werte** – unter Berücksichtigung kultureller Besonderheiten.

Empfehlung für den Koalitionsvertrag:

Die Bundesregierung setzt gezielt evidenzbasierte Maßnahmen aus der psychologischen Forschung zur integrationsfördernden Gestaltung von Aufnahmeeinrichtungen, Bildungs- und Freizeitsystemen, Partizipationsangeboten sowie psychosozialen Angeboten für Neu-Hinzukommende um. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, gesellschaftliche Spannungen und Kosten zu reduzieren und Integrationserfolge sowie ein demokratisches Zusammenleben langfristig zu sichern.

2. Prävention als Schlüssel zur inneren Sicherheit

Die jüngsten menschenverachtenden Anschläge haben deutlich gemacht, dass unsere Gesellschaft dringend besseren Schutz vor Gewalt und Extremismus benötigt. Auch Hass und Hetze gegen politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie andere Formen der Gewalt belasten ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Neben der Früherkennung und Behandlung von Straftätern mit psychischen Erkrankungen haben psychologische Präventionsmaßnahmen nachweislich **eine hohe Wirksamkeit**, befähigen insbesondere junge Menschen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und tragen nachweislich zur Reduzierung von Kriminalität und extremistischen Tendenzen bei. Langfristig senken sie auch die sozialen Folgekosten.

Empfehlung für den Koalitionsvertrag:

Die Bundesregierung setzt gezielt evidenzbasierte Maßnahmen aus der psychologischen Forschung zur Prävention von Gewalt und Extremismus um. Dazu gehören soziale Trainingsprogramme in Schulen, Maßnahmen zur Stärkung von Eltern und Familien und Förderung von Konfliktlösungskompetenzen, Medienkompetenz und Zivilcourage.

3. Evidenzbasierte Demokratieförderung

Eine stabile Demokratie ist die Grundlage für Rechtssicherheit, wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Maßnahmen zur Demokratieförderung müssen wissenschaftlich fundiert und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Die psychologische Forschung bietet hierzu wertvolle Erkenntnisse. Durch den gezielten Einsatz psychologischer Forschung kann **politische Radikalisierung verhindert** und die **Widerstandsfähigkeit der Demokratie nachhaltig gestärkt** werden.

Empfehlung für den Koalitionsvertrag:

Die Bundesregierung setzt gezielt evidenzbasierte Maßnahmen aus der psychologischen Forschung zur Demokratieförderung um, die Fähigkeiten zur Identifikation von Desinformation und Fake News erhöhen, den Umgang mit negativen Emotionen und gesellschaftlichen Polarisierungen verbessern, und demokratische Kompetenzen und gesellschaftlicher Resilienz stärken.

Für weiterführende Gespräche oder Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir bitten zudem, unsere weiteren Anlagen im Anhang zu beachten. Darüber hinaus können folgende Expertinnen und Experten direkt kontaktiert werden: **Prof. Dr. Andreas Beelmann** (andreas.beelmann@uni-jena.de), **Dr. Stefanie Hechler** (stefanie.hechler@fu-berlin.de), **Prof. Dr. Tobias Rothmund** (tobias.rothmund@uni-jena.de), **Prof. Dr. Ulrich Wagner** (wagner1@staff-unimarburg.de), **Prof. Dr. Eva Walther** (walther@uni-trier.de).

Wir begrüßen eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik, um gemeinsam **nachhaltige und wirksame Lösungen für die drängenden Herausforderungen unserer Gesellschaft** zu entwickeln. Die Psychologie als eine der zentralen Disziplinen zur Erklärung und Beeinflussung menschlicher Denk- und Verhaltensweisen bietet wertvolle Perspektiven und Ansätze, die wir sehr gerne aktiv und verantwortungsvoll in eine Zusammenarbeit mit Ihnen einfließen lassen möchten.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Präsidentin der Deutschen Gesellschaft
für Psychologie

Prof. Dr. Conny H. Antoni
Vorsitzender des Fakultätentags
Psychologie

Anlagen